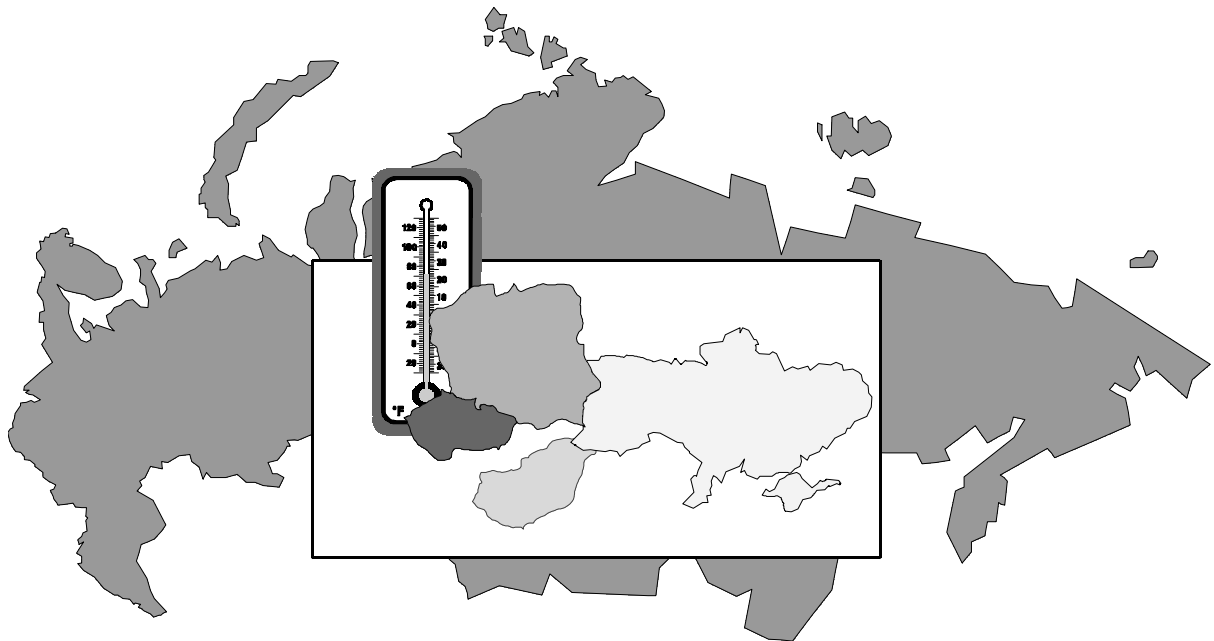


# TBO-TRENDS 2002

## Einstellungen zum Beitritt zur Europäischen Union in Polen, Tschechien und Ungarn

- Ergebnisse aus dem *Transformationsbarometer Osteuropa 2002* -



Arbeitspapiere zur Transformationsforschung der  
*Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V.*  
Nr. 10a

Köln, November 2002

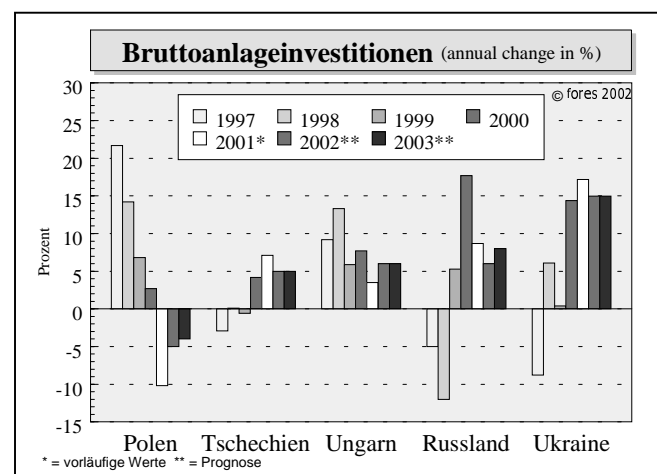
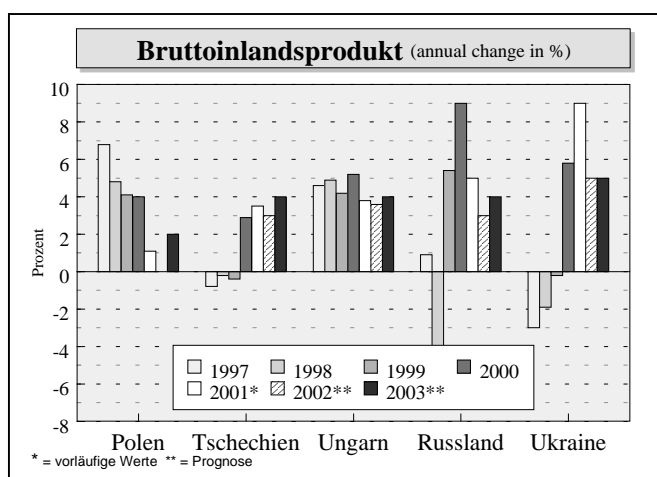
Polen, Tschechien und Ungarn bereiten sich nach einem Jahrzehnt des Reformprozesses auf die Aufnahme in die Europäische Union vor. Obwohl die Bevölkerung in den Kandidatenländern weitgehend realistische Erwartungen an die Mitgliedschaft knüpft, ist die Unterstützung für die Beitrittsbestrebungen hoch.

Das *Transformationsbarometer Osteuropa (TBO)* der *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Köln*, untersucht jährlich, wie sich die Transformationsprozesse in ausgewählten Reformstaaten Mittel- und Osteuropas - gemessen an objektiven und subjektiven Indikatoren - entwickeln; die Analysen umfassen seit 1997 Polen, Tschechien, Ungarn und Russland sowie seit 2000 auch die Ukraine. Gefördert wird das TBO von der *Otto Wolff-Stiftung* und der *Margarete und Johann Ley-Stiftung*.

## Wirtschaftstrends

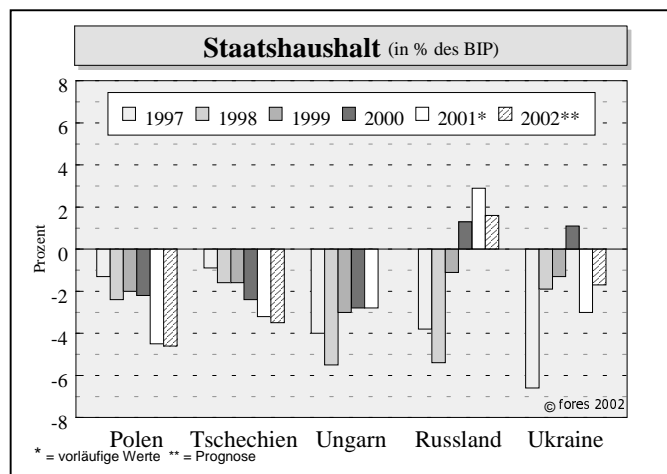
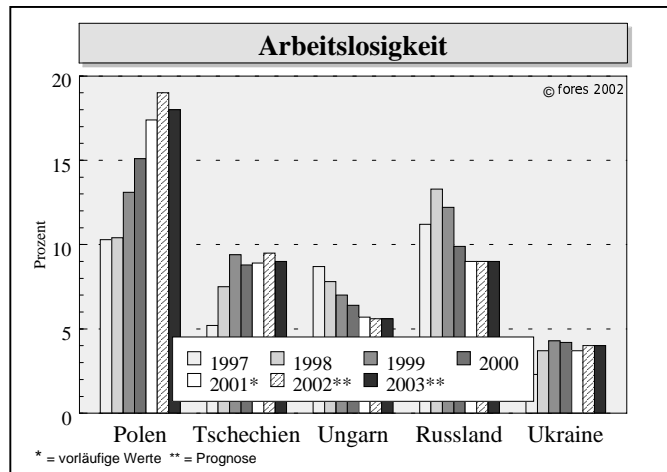
Polen konnte im Jahr 2001 sein stabiles Wachstum nicht fortsetzen. Hauptursache für diese Entwicklung war ein starker Einbruch im Bereich der Bruttoanlageinvestitionen. Der inländische Konsum und ein weiterhin wachsender Außenhandelsüberschuss konnten das Ausmaß des Investitionseinbruchs zwar mildern, aber die Produktionsentwicklung in der Industrie, bisher neben dem inländischen Konsum wichtiger Wachstumsmotor, zeigte klare Anzeichen der Rezession. Versuche der Notenbank, dem Einbruch der Investitionsnachfrage durch eine Senkung des Leitzinses entgegenzuwirken, blieben zudem ohne Erfolg. Daneben entwickelte sich die schon in den Vorjahren angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt auf bedrohliche Weise. Die Arbeitslosigkeit erreichte Rekordhöhe und die Situation zeigte bis zuletzt keine Anzeichen für eine Stabilisierung. Auf Grund dieser Entwicklung und vor dem Hintergrund einer für das Jahr 2002 bestenfalls stagnierenden wirtschaftlichen Lage sind hinsichtlich des schon im Jahr 2000 verschobenen Termins für den EU-Beitritt noch weitgreifende Strukturreformen in der Industrie und weitere Budgetsanierungen der öffentlichen Haushalte erforderlich.

In 2001 erlebte die *tschechische* Volkswirtschaft, die sich in 2000 erstmals aus ihrer Rezession befreien konnte, ein außergewöhnliches und dem negativen Trend der führenden Wirtschaftsnationen der Welt entgegengesetztes Wachstum. Dies scheint unter Berücksichtigung der starken Exportabhängigkeit der tschechischen Wirtschaft und vor dem Hintergrund rezessiver Entwicklungen in Deutschland - Tschechiens wichtigstem Handelspartner - sehr erstaunlich. Tatsächlich konnten aber der Rückgang des Export- und Importwachstums gegenüber den Vorjahreswerten und die damit verbundenen dämpfenden Einflüsse auf das Bruttoinlandsprodukt durch einen starken Anstieg der Anlageinvestitionen und des inländischen privaten Konsums überkompensiert werden. Zurückzuführen war dieser Konjunkturaufschwung zum einen auf eine Spezialisierung der Wirtschaft im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau und der damit in Zusammenhang stehenden wachsenden Zahl prosperierender Unternehmen - in erster Linie bedingt durch ausländische Direktinvestitionen insbesondere durch Skoda Volkswagen und Toyota. Zum anderen zeigten die abgeschlossene Bankensanierung und -privatisie-



rung sowie die Umstrukturierung der Industrie erste Erfolge. Diese Maßnahmen ermöglichten nicht nur eine Reduzierung des akkumulierten Kreditbestands des Staates, sie sind auch als eine gute Voraussetzung für einen künftig stabilen Wachstumspfad zu verstehen. Dieser positiven Entwicklung steht jedoch die bislang verschleppte Reform der Staatsfinanzen sowie die Rückkehr zu einer ausgewogenen Geldpolitik zur Erfüllung der Maastrichter Kriterien, mit einer möglicherweise dämpfenden Wirkung auf das Wachstum, gegenüber.

In *Ungarn* machten sich in 2001 die Auswirkungen der globalen Konjunkturschwäche auf die inländische Wirtschaft bemerkbar. Nach einem guten Start zum Jahresbeginn kam das Wachstum zum Ende des Jahres völlig zum Stillstand. Es ergab sich damit ein Gesamtwachstum des BIP im betreffenden Jahr von unter 4%. Dieses Wachstum war in Relation zur EU zwar immer noch überdurchschnittlich, blieb aber deutlich hinter den Erwartungen zurück. Besonders im Bereich des Außenhandels spiegelte sich die dargestellte Situation wider: das Wachstum der Exporte wie auch der Importe blieb zwar weiter positiv, es konnten aber nicht die guten Ergebnissen der Vorjahre erreicht werden. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich hingegen fort, und die Arbeitslosenzahlen konnten weiter gesenkt werden. Zudem konnte das Land durch eine expansive Geldpolitik und eine Ausweitung der Wechselkursbandbreiten auf +/-15% erstmals Erfolge bei der Inflationsbekämpfung verzeichnen, mit einem positiven Trend für 2002. Eine mangelnde Finanzdisziplin besonders hinsichtlich der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Finanzierung des Konjunkturprogramms aus Budgetmehreinnahmen (aufgrund der Unterschätzung der Inflation im Staatshaushaltsansatz) sowie eine mangelnde Budgettransparenz lassen allerdings erstmals Sorge hinsichtlich der Fortsetzung des positiven Wachstumskurses sowie hinsichtlich der Erfüllung der Maastrichter Kriterien aufkommen.



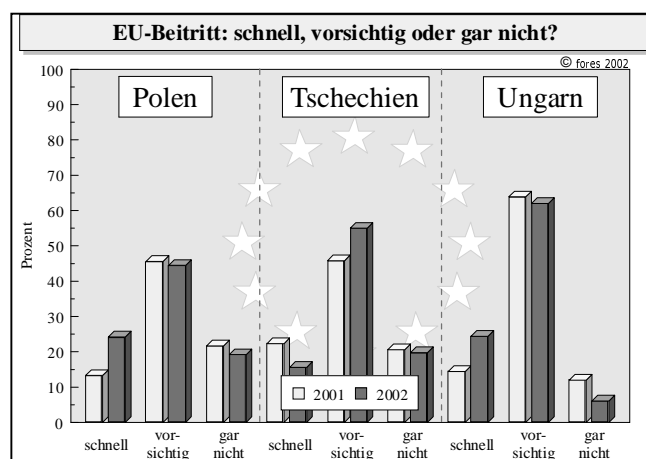
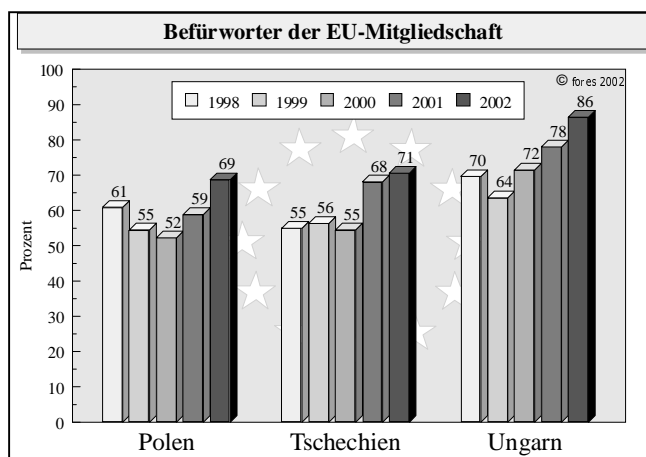
## Einstellungen zum EU-Beitritt in Polen, Tschechien und Ungarn

### ☛ Weiterhin hohe Beitrittsbereitschaft

Die Beitrittsbestrebungen der Regierungen in Polen, Tschechien und Ungarn finden bereits seit Jahren den Zuspruch der Bevölkerungsmehrheit. In diesem Jahr hat die *Bereitschaft zur EU-Integration* sogar noch zugenommen.

In Polen und Tschechien sprechen sich mittlerweile rund 70% der Bevölkerung für einen Beitritt zur Europäischen Union aus; lediglich jeder Fünfte lehnt die Mitgliedschaft ab. Noch klarer ist das Meinungsbild in Ungarn, wo 86% die EU-Integration unterstützen und nur 6% gegen einen Beitritt sind. Während sich die Zustimmung in Tschechien damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegt, hat sich die Einstellung in Polen und Ungarn noch einmal deutlich verbessert.

Trotz aller Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen plädieren im Vergleich zum Vorjahr sogar 11% mehr Polen für einen *möglichst raschen Beitritt*; eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in Ungarn, wo 10% mehr als in 2001 für eine möglichst schnelle Aufnahme in die EU sind. Insgesamt überwiegt unter den Befürwortern der EU-Integration allerdings die Ansicht, die *Klärung strittiger Fragen* habe Vorrang vor einem möglichst raschen Beitritt. Diese Meinung findet in Tschechien mittlerweile mehr Anhänger als im letzten Jahr.

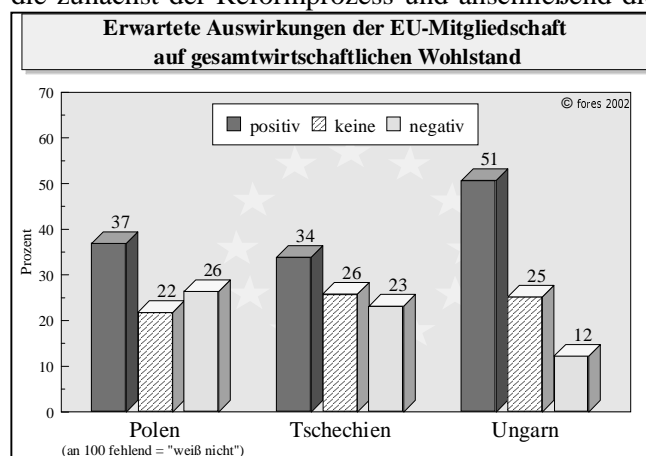


### ☛ Realistische Wohlstandserwartungen

Die Einstellungen zur EU-Integration hängen in hohem Maße davon ab, welche Auswirkungen sich die Menschen in den Kandidatenländern von der Mitgliedschaft versprechen. Die Lage der Bevölkerung ist geprägt von Belastungen und Opfern, die zunächst der Reformprozess und anschließend die Übernahme des *Acquis* mit sich bringen. Demzufolge sind große Hoffnungen in die wirtschaftliche Unterstützung durch die EU zu erwarten.

Die ökonomischen Erwartungen an die Mitgliedschaft erscheinen indes nicht übertrieben, sondern vergleichsweise realistisch: Zwischen einem Drittel und der Hälfte der Bevölkerung der drei Kandidatenländer rechnen infolge der EU-Integration mit einer Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands.

In *Polen* und *Tschechien* rechnet gut jeder Dritte damit, dass der gesamtwirtschaftliche Wohlstand infolge des Beitritts zunehmen wird. Rund jeder Vierte befürchtet negative Auswirkungen,



und etwa gleich viele erwarten überhaupt keine nennenswerten wirtschaftlichen Konsequenzen. Größer ist die Zuversicht in *Ungarn*, wo jeder Zweite von einem Anstieg des Wohlstandes ausgeht. Mit wenig spürbaren Auswirkungen rechnet jeder Vierte. Die Erwartungen der Vorteile, die eine Integration in den westeuropäischen Wirtschaftsraum bietet, hat im Vergleich zum Vorjahr in allen drei Ländern zugenommen. In *Tschechien* rechnen in diesem Jahr erstmals mehr Menschen mit positiven als mit negativen oder neutralen Auswirkungen.

### ☉ Zuversicht in Ungarn und Skepsis in Tschechien

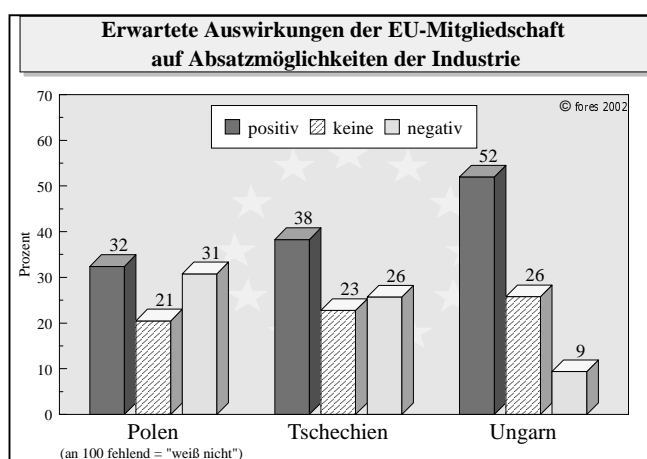
In der Einschätzung der Wohlstandsentwicklung als Folge des EU-Beitritts zeigt sich ein *länderspezifisches Muster*, das sich in nahezu allen anderen Indikatoren wiederfinden lässt: Die *ungarische* Bevölkerung weist mittlerweile eindeutig die größte Zuversicht auf. In *Tschechien* werden die Folgen der EU-Integration dagegen eher skeptisch gesehen, während sich die Einstellungen der *polnischen* Bevölkerung zwischen diesen beiden Positionen bewegen.

### ☉ Tschechen und Ungarn vertrauen auf Industrieexport

Die Mehrheit der Ungarn und beachtliche Teile der Bevölkerung in Polen und Tschechien rechnen mit einem Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands. Die Gründe dafür liegen im Falle Tschechiens und Ungarns in ihrer europäischen Wettbewerbsfähigkeit. In *Tschechien* glauben mehr Befragte an positive Auswirkungen auf die Absatzmöglichkeiten der Industrie als an negative oder gar keine. In *Ungarn* fällt die Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie noch positiver aus: Mittlerweile rechnet sogar mehr als jeder Zweite mit Wachstumsimpulsen durch die EU-Integration.

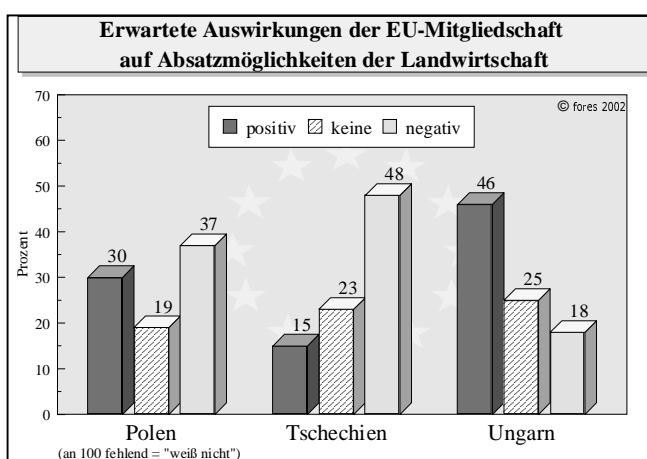
In *Polen* existiert kein derart klares Meinungsbild: Zwei gleich große Bevölkerungsgruppen rechnen jeweils mit einer Steigerung bzw. einem Rückgang der Absatzmöglichkeiten, jedoch hat sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr, als 38% negative Auswirkungen befürchteten, bereits verbessert.

Vor allem in der Hauptstadt und im Westen des Landes ist man von der Leistungsfähigkeit der polnischen Industrie überzeugt.



### ☉ Ungarn zufrieden mit Agrarausfuhr; Polen und Tschechen erwarten negative Folgen

Die im Ländervergleich deutlich höhere Beitrittsbereitschaft und Wohlstandserwartung der *Ungarn* hängt auch mit positiven Erwartungen an den Agrarmarkt zusammen. Der ungarischen Landwirtschaft ist es bereits vor Jahren gelungen, sich vom osteuropäischen stärker auf den westeuropäischen Markt umzustellen: Die starke Exportorientierung – die Hälfte der Ausfuhren geht in die EU – bringt Jahr für Jahr Überschüsse in Milliardenhöhe. Die Erfolge dieser Entwicklung zeigen sich in den Ergebnissen: Glaubten vor vier Jahren noch 38% der Ungarn weder an positive noch negative Effekte, so zeigt sich mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung von den Vorteilen der EU-Integration für die land-



wirtschaftlichen Absatzchancen überzeugt.

Während in Ungarn die EU-Integration positiv für den Agrarmarkt gesehen wird, ist dies in Polen und Tschechien nicht der Fall: 37% der *Polen* rechnen mit negativen Beitrittsfolgen. Indes sind immerhin 30% von einer vorteilhaften Entwicklung für die polnische Landwirtschaft überzeugt, während 1998 und 2001 noch fast jeder Zweite mit einem Rückgang des landwirtschaftlichen Absatzes rechnete.

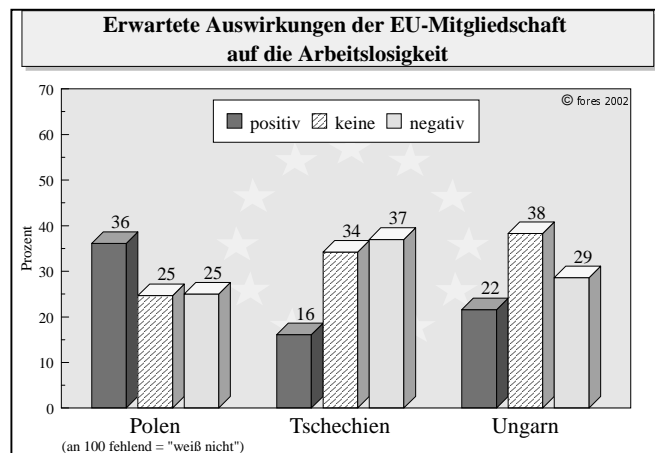
Deutlich verschlechtert hat sich die Einschätzung der Beitrittsfolgen für den Agrarmarkt in *Tschechien*: Glaubten im letzten Jahr nur 30% an Absatzverluste, so befürchtet dies gegenwärtig fast jeder Zweite. Im Laufe des Reformprozesses hat der tschechische Agrarsektor jedoch weiter an Bedeutung verloren und trägt mittlerweile lediglich 1,3% zum BIP bei. Nur etwa 4% der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt; sie verteilen sich überwiegend auf Großbetriebe, so dass die landwirtschaftlichen Probleme Tschechiens im relativen Ausmaß weniger der Situation Polens als vielmehr den EU-Standards entsprechen.

### ☹ Tschechen befürchten mehr, Polen hoffen auf weniger Arbeitslose durch Beitritt

Hohe Arbeitslosenzahlen zählen in der EU seit Jahren zu den zentralen sozioökonomischen Problemen. Während sich unter den Kandidatenländern Ungarn seit geraumer Zeit einer sinkenden Arbeitslosenquote erfreuen kann, die z.Zt. etwa 6% beträgt, liegt die Quote in Tschechien mit gut 9% im Durchschnitt der EU-Staaten; Polen hingegen erlebt seit Ende der 90er Jahre einen stetigen Anstieg der Arbeitslosenzahlen – für 2002 wird mit einem Anteil von etwa 20% gerechnet, der regional noch deutlich überschritten werden dürfte. Welche Auswirkungen erwarten die Menschen in den Beitrittsländern *von der EU-Mitgliedschaft* auf den heimischen Arbeitsmarkt?

In *Ungarn* und *Tschechien* setzt man diesbezüglich keine allzu großen Hoffnungen in den Beitritt: Die meisten ungarischen Befragten gehen davon aus, dass sich die Mitgliedschaft überhaupt nicht auf die Arbeitslosenzahlen auswirken wird, während in Tschechien fast gleich viele mit einem Anstieg wie mit einer gleichbleibenden Entwicklung der Arbeitslosigkeit rechnen. Während sich in Ungarn die Einschätzung des vorigen Jahres damit gefestigt hat, haben sich die Erwartungen in Tschechien verschlechtert; vor allem in den ländlichen Gemeinden werden die Aussichten deutlich negativer bewertet.

Vergleichsweise positiv sind die Erwartungen dort, wo die Lage am schlimmsten ist: In *Polen* versprechen sich mehr Menschen – immerhin 36% – von der Aufnahme in die EU einen positiven als einen negativen oder gar keinen Effekt auf den Arbeitsmarkt. Besonders ausgeprägt ist die Zuversicht unter den Akademikern, von denen 56% an positive Impulse für den polnischen Arbeitsmarkt glauben. Offenbar glaubt die Mehrheit der Polen, dass der Beitritt die derzeitige Krise auf dem Erwerbssektor kaum weiter verschlimmern kann.

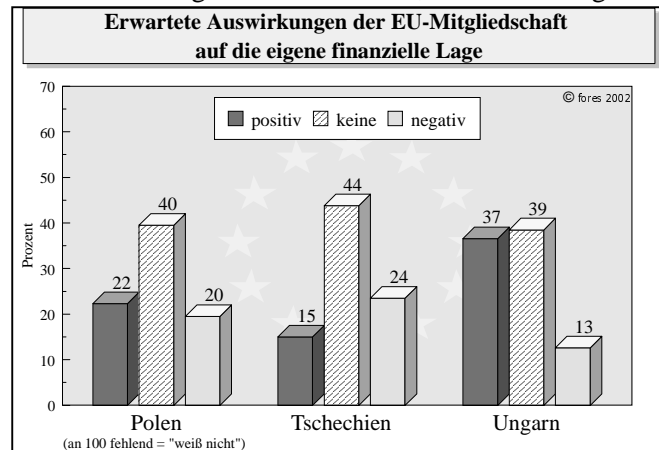


### ☹ Geringe persönliche Auswirkungen durch Beitritt erwartet

Auch die Auswirkungen auf die eigene Lebenslage werden eher realistisch als euphorisch eingeschätzt. Zwar rechnen große Teile der Bevölkerung mit einem Anstieg des wirtschaftlichen Wohlstands für das eigene Land, doch ist man vorsichtig in der Frage einer baldigen Verbesserung des eigenen Lebensstandards.

In *Polen* glaubt die Mehrheit der Bevölkerung, dass sich der Beitritt überhaupt nicht auf die eigene Finanzlage auswirken wird; nur jeder Fünfte rechnet mit einer Verschlechterung und und etwa gleich viele mit einer Verbesserung der Lage. Über die Jahre hinweg wird die persönliche finanzielle Situati-

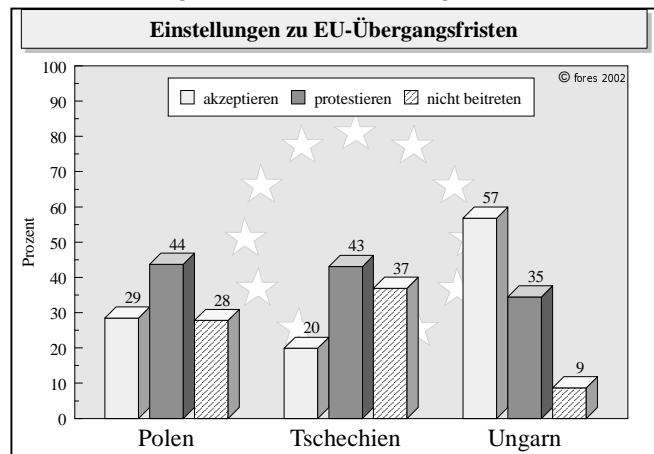
on in Polen immer weniger mit der EU-Mitgliedschaft in Verbindung gebracht. Auch in *Tschechien* rechnet nur rund jeder Vierte mit finanziellen Einbußen – die meisten Befragten glauben, dass der EU-Beitritt sich nicht nennenswert auf ihre persönliche Finanzlage auswirken wird, doch im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Stimmung etwas verschlechtert. Vergleichsweise positiv erscheinen dagegen die Erwartungen in der *ungarischen* Bevölkerung: 37% rechnen mit positiven Folgen für die eigene finanzielle Lage. Etwa gleich viele erwarten keinen Einfluss und nur eine kleine Minderheit befürchtet persönliche Einbußen infolge der EU-Integration. Vor vier Jahren wurden die Beitrittsfolgen für die eigene finanzielle Situation in Ungarn noch deutlich besser bewertet, doch im letzten Jahr hatten sich die Erwartungen vorübergehend erheblich verschlechtert.



Die insgesamt eher verhaltenen Hoffnungen auf eine baldige Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse könnte man auch als Lehre deuten, die die Menschen aus dem Transformationsprozess gezogen haben: Die Realität konnte der anfänglichen Euphorie über den erhofften baldigen Anstieg des Lebensstandards nicht folgen. Selbst der wirtschaftliche Aufschwung war für einen großen Teil der Bevölkerung in den Reformstaaten persönlich nicht spürbar, so dass die zuversichtliche Aufbruchsstimmung in vielen Fällen in Enttäuschung umschlug.

### ☛ Übergangsfristen: Tschechen und Polen dagegen – Ungarn dafür

Das länderspezifische Muster zeigt sich auch an der Frage der von Brüssel geforderten Übergangsfristen für die Direktzahlungen an Landwirte und der so genannten Arbeitnehmerfreizügigkeit für Migranten aus den Kandidatenländern, die Erwerbsmöglichkeiten in anderen EU-Mitgliedsstaaten suchen. In *Tschechien* würde nur jeder Fünfte diese Fristen ohne Protest hinnehmen – 37% der Tschechen würden aus diesem Grund sogar den Beitritt ablehnen. Ähnlich wie die Polen, aber noch deutlicher wollen die Tschechen mit „geradem Rückgrat und nicht auf Knien“ beitreten. In *Ungarn* sind nicht nur die Beitrittsbereitschaft höher und die Bewertung der Beitrittsfolgen besser – das Vertrauen in die Europäische Union scheint so stark zu sein, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung die in Polen und Tschechien umstrittenen Übergangsfristen ohne Widerspruch akzeptiert, während lediglich jeder Dritte auf formalem Protest besteht.



### ☛ Tschechen befürchten zunehmend Verlust der nationalen Eigenständigkeit

In Tschechien glauben 43% der Bevölkerung, der EU-Beitritt könne sich negativ auf die *nationale Eigenständigkeit* auswirken. Diese Meinung wird in den letzten Jahren häufiger vertreten: 1998 war nur jeder dritte Tscheche davon überzeugt, während 43% keine nennenswerten Auswirkungen erwarteten.

In den beiden Nachbarländern ist diese Sorge deutlich geringer ausgeprägt: lediglich ein Fünftel der Polen und ein knappes Viertel der Ungarn rechnen mit negativen Beitrittsfolgen auf die Souveränität des Landes, während jeweils rund 40% der Bevölkerung gar keine Beeinflussung erwarten.

Die empirische Studie, die diesen ausgewählten Ergebnissen zugrunde liegt, basiert auf repräsentativen Umfragen, die in Polen, Tschechien, Ungarn und der Ukraine mit jeweils ca. 1.000, in Russland mit ca. 2.400 Befragten im Frühjahr 2002 durchgeführt wurden.

Eine ausführliche Darstellung ist ab November 2002 erhältlich unter  
Wolfgang Franzen, Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen:  
**Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union**  
**-Transformationsbarometer Osteuropa 2002 -**  
Frankfurt/Main, New York, Campus Verlag 2002; 150 Seiten; ISBN 3-593-37262-2

Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V. ❖ Klosterstr. 1 ❖ D-50931 Köln  
Tel. 0221/40 26 48 ❖ Fax 0221/40 70 95  
e-mail: fores-koeln@t-online.de ❖ internet: www.uni-koeln.de/extern/fores/